

Verantwortliche Redakteure. Für den politischen Theil: E. Fouane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: J. Bachfeld, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Angkiss in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneuzigster

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei H. Schell, Postf., Gr. Gerber- u. Breitestr. Ecke, Otto Fickel in Pirna, J. Axmann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei J. Chraplewski, in Meseritz bei J. Matzke, in Breschen bei J. Sadel, u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. L. Panse & Co., Saalfeld & Jögler, Rudolf Koss und „Invalidentank“.

Nr. 106

Donnerstag, 12. Februar.

1891

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den Sonn- und Feiertagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.15 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schwebelnde Pettigelle ober deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den übrigen Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

Zur Streikfrage.

Mit dem Herannahen der wärmeren Jahreszeit tritt auch die Frage, ob in diesem Jahre wieder größere Lohnkämpfe entstehen werden, mehr und mehr in den Vordergrund der Erörterungen in den Kreisen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Auf dem Parteitag in Halle haben die Sozialdemokraten sich bekanntlich gegen Angriffsstreiks ausgesprochen. Nach dieser Erklärung würden also Arbeitseinstellungen nur dann eintreten können, wenn entweder die sozialdemokratischen Führer nicht mehr in der Lage wären, einen bestimmenden Einfluß auf die Arbeiter auszuüben, oder wenn sie selbst ihre in Halle abgegebene Erklärung nicht aufrecht erhalten wollten.

Wie dem auch sein möge, so sieht man tatsächlich in den großen Städten, ganz besonders aber in Berlin, der Entwicklung der diesjährigen Bauhätigkeit nicht ohne Beunruhigung entgegen. Das Kapital zeigt eine merkwürdige Zurückhaltung, weil man gerade in diesen Kreisen die Möglichkeit größerer Streiks in Rechnung zieht. Die Berliner Bauhandwerker haben unlängst in einer Versammlung den Beschluß gefaßt, „sobald die Witterungsverhältnisse sich günstig gestalten, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Forderung eines Mindestlohns von 60 Pfennigen für die Stunde bei neunstündiger Arbeitszeit energisch einzutreten“ und ein Organ der Arbeitgeber erklärt: „Man weiß in den Kreisen der Arbeitgeber positiv, daß man auf Unterbrechungen des Baues durch Streiks mit ihrem Gefolge von Zinsverlusten, der Unmöglichkeit Verpflichtungen inne zu halten und dergl. zu rechnen hat.“ Das heißt also mit anderen Worten: Die stete Gefahr des Streiks besteht und deshalb ist die ruhige Entwicklung bedroht. Eine derartige Argumentation hat viel Ähnlichkeit mit der Annahme einer dauernd vorhandenen Kriegsgefahr und ihres den Nachtheilen eines wirklichen Krieges mehr oder weniger nahe kommenden Einflusses auf das Wirtschaftsleben der Nation. Der Streik erscheint hier so recht deutlich als eine Gefahr für die unternehmenden Kreise, deren bloße Ahnung schon Beunruhigung und direkten Schaden im Gefolge hat.

Theoretisch läßt sich ja mancherlei für die Massen-Arbeitseinstellung sagen. Sie erwächst aus dem Boden unserer Produktions- und Wirtschaftsordnung, und man kann dafür geltend machen, daß der Arbeiter nur dasselbe thut wie der Kaufmann, der seine Waare eine Zeit lang vom Markt zurückhält, um eine bessere Konjunktur abzuwarten. Die Waare des Arbeiters ist eben seine Arbeitskraft. Demgegenüber muß man aber die Thatsache festhalten, daß die meisten großen Streiks bei uns erfolglos verlaufen sind. In Deutschland hat sich der Streik bisher als eine wenig wirksame Waffe in dem Kampfe der Arbeiter um bessere Lohnbedingungen erwiesen. Ergiebt sich nun zudem noch als Folge der nicht genügend überlegten Arbeitseinstellungen eine dauernde Beunruhigung der Unternehmungskreise, welche sich auf die Möglichkeit neuer Arbeitseinstellungen gründet und dazu führt, daß schon um dieser Möglichkeit willen einschneidende und für die Arbeiter nachtheilige Maßnahmen getroffen werden, so muß dies den Arbeitnehmern Anlaß zu reiflicher Ueberlegung bieten. Die erwähnten nachtheiligen Maßnahmen bestehen z. B. darin, daß einzelne Arbeitgeber ernstlich daran denken, die Produktion zu beschränken oder zeitweise gänzlich einzustellen. Bei dieser Sachlage halten wir die Befürchtung eines allgemeinen Bauhandwerkerstreiks trotz des erwähnten Beschlusses zur Zeit wenigstens für nicht begründet. Die Streikenden würden nach der Erklärung des sozialdemokratischen Parteitages wenig Aussicht auf nachhaltige Unterstützung haben, und das bleibt doch immerhin in erster Linie bestimmend, wenn auch sonst gerade unter den Berliner Bauhandwerkern eine gewisse Opposition gegen die sozialdemokratische Leitung vorhanden ist. Diese Opposition hat erst neuerdings in einem Protest gegen den Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion, den Arbeiterfeiertag am Sonntage nach dem 1. Mai zu begehen, bemerkenswerthen Ausdruck gefunden. Bei den Radikalen muß es der 1. Mai selbst sein, womit sie aber sicher in der Partei wenig Glück haben werden.

Neben einem Streik der Bauhandwerker werden auch für dieses Jahr wieder größere Arbeitseinstellungen in den Kohlengebieten befürchtet. Auch hier werden sich, wie wir hoffen, die Befürchtungen nicht bewahrheiten, denn die Arbeiter können sich, wie schon gesagt, unmöglich der Wahrnehmung verschließen, daß schon die Annahme der Möglichkeit eines Streiks Maßnahmen der beunruhigten Arbeitgeber hervorruft, welche die Interessen der Arbeiter bedenklich schädigt. Man hält es dort vielfach für eine praktische Maßregel, schon bei Zeiten Arbeiter in größerer Zahl zu entlassen, weil man darauf rechnet, daß diese Arbeitslosen beim Ausbruch eines Streiks

bereit sein würden, in die Lücken einzutreten. Solche Gesichtspunkte werden die Arbeiter jedenfalls bei Erörterung der Streikfrage in ernste Erwägung ziehen müssen.

Deutschland.

△ Berlin, 10. Febr. Die Meldungen über bevorstehende Veränderungen im Ministerium kehren jeden Tag wieder und sind doch ganz augenscheinlich so unbegründet wie je. Es hat den Anschein, daß es sich bei diesen geflüsterten Ausstreuungen um eine Quertreibung gegen den Ministerpräsidenten v. Caprivi handelt, bezw. um die Absicht, den Schein zu erwecken, als sei die Staatsleitung in unsicheren Händen. Nicht jene Journalisten, die in Ermangelung zutreffender Informationen sich wichtige Nachrichten einfach aus den Fingern saugen, sind diesmal die Urheber solcher Meldungen. Es läßt sich annehmen, daß diesen Gerüchten, die im übrigen, wenn überhaupt etwas, so jedenfalls das gerade Gegenteil des Beabsichtigten bewirken, bei längerer Andauer des Spiels von leitender Stelle aus direkt und scharf entgegengetreten wird. — Böse, sehr böse sind gegenwärtig die Zentrumsblätter. Die Regierung, speziell der Kultusminister Herr v. Goltz, die Konservativen, die Nationalliberalen, die Freisinnigen, die Sozialdemokraten, sie alle reizen das Zentrum Tag für Tag, bedrohen Ordnung und Frieden, und es wird nachgerade so schlimm, daß binnen nicht langem der Weltuntergang erwartet werden kann. Wirft man z. B. einen Blick in das eigentliche leitende Organ der Zentrumsparthei, die „Germania“, so begegnet einem nur Ueberschriften und Stichwörter wie: „Provinzialgelder für protestantische, aber nicht für katholische Zwecke“, „katholisches Lehrerseminar — protestantische Frau (des Direktors)“, „Neue That des Evangelischen Bundes“ u. Thatsächlich hat das Zentrum, wofern wir es als die Vertreter der Katholiken in Deutschland betrachten, sich fast über nichts mehr zu beklagen. Aber das ist es eben. Wenn das Zentrum sich über nichts mehr beklagen kann, so kann es nicht lange mehr existiren. Keiner von all den Punkten, welche die Zentrumspreffe zum Gegenstand ihrer Klage macht, trifft den richtigen psychologischen Ursprung ihrer unzufriedenen Stimmung. Daß die Welt, die Menschheit, ganz ohne den Einfluß einer mit Befugnissen oder Autorität versehenen Macht, vorwärts geht und der Herren nicht achtet, deren Ideal die Wiederherstellung der Zustände zur Zeit Gregors VII. und Bonifaz VIII. ist, das erklärt den Haß der Zentrums männer und die tiefe Unzufriedenheit mit der Gegenwart, die aus den Zentrumsorganen in auffallendstem Gegensatz gegen die Presse fast aller anderen Parteien aus jeder Nummer hervorblüht. Langsam, aber sicher gehen wir dem Tage entgegen, wo das Zentrum nicht mehr sein oder nur noch zum Schein eine einige Parthei sein wird. — Ein sozialdemokratischer Parteitag für eine Anzahl brandenburgischer Wahlkreise findet am 22. d. M. in Strausberg statt. Die Sozialdemokratie ist in der Abhaltung solcher Provinzialparteitage jetzt sehr eifrig. Zu den wichtigsten Beschlüssen der Parteiversammlungen gehören jedesmal Blättergründungen, und die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungen in Deutschland beträgt jetzt schon über siebzig von denen die große Mehrzahl aber auf recht unsicherer finanzieller Grundlage ruht.

Die Nachricht, daß in nicht allzu langer Zeit der Reichstagsbaufonds aufgebraucht sein wird, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse des festen und baaren Reichsfinanzvermögens. Bekanntlich wurden aus der französischen Kriegskostenentschädigung verschiedene Fonds gegründet, welche gemeinnützigen Zwecken dienen sollten. Wir entnehmen darüber den „Hamb. Nachrichten“: Es wurden 120 Millionen als Kriegsschatz festgelegt, um für Mobilmachungszwecke baares Geld zur Verfügung zu haben, und mit 561 Millionen wurde der Reichs-Invalidentfonds gegründet, um die auf Grund des Militärpensionsgesetzes vom Jahre 1871 zu leistenden Ausgaben sicher zu stellen. Auch die später bewilligten Pensionserhöhungen werden aus diesem Fonds bestritten. Sodann wurden drei Baufonds reservirt, um nothwendige und nützliche Bauten herzustellen. Es waren dies der Festungsbaufonds, der Reichstagsgebäudefonds und der Eisenbahnbaufonds. Sehen wir von Kapitalien ab, welche in den gewerbmäßigen Reichsbetrieben stecken, so setzt sich aus den genannten Fonds das ganze Finanzvermögen des Reiches zusammen. Wenn man damit die großen Vermögen, welche die Einzelstaaten, beispielsweise Preußen, in seinen Domänen und Forsten besitzen, vergleicht, so wird man finden, daß das Reichsfinanzvermögen nicht gerade stattlich genannt werden kann. Das baare Reichsfinanzvermögen ist überdies, abgesehen von dem Reichskriegsschatz, der für den Fall einer nicht vorherzusehenden Mobilmachung zusammengelegt ist, dazu bestimmt, in absehbarer

Zeit aufgebraucht zu werden. So wird der Reichs-Invalidentfonds mit dem Tode des Aufhörens der Verpflichtungen des Reichs aus den Militärpensionsgesetzen selbst dann aufgehoben werden, wenn in ihm noch ein Bestand vorhanden sein sollte. Dasselbe ist mit den drei Baufonds der Fall. Von diesen letzteren ist sogar der Eisenbahnbaufonds schon vor Jahren gänzlich verausgabt. Nun hört man, daß der Reichstagsbaufonds noch eher aufgebraucht sein wird, als das Werk, zu dessen Vollführung er bestimmt war, vollendet sein wird. Der Festungsbaufonds weist nur noch einen winzigen Bestand auf. Nach dem letzten vorliegenden Bericht der Reichsschuldenkommission betrug derselbe etwa 2 1/2 Millionen. Die Reichsbaufonds werden demnach binnen Kurzem sämtlich verausgabt sein und von dem baaren Reichsfinanzvermögen blieben nur noch der Reichskriegsschatz und der Reichsinvalidenfonds übrig.

— Zur neuen Anleihe erzählt die „Voss. Ztg.“, daß für das Reich 250 Millionen und für Preußen 200 Millionen Mark dreiprozentiger Konfols aufgelegt werden sollen. Es werden einschließlich der Reichsbankstellen an 200 Stellen in Deutschland Zeichnungen angenommen gegen früher nur an 60 Stellen. Außerdem sind alle Regierungshauptstellen und alle Kreisstellen angewiesen, auf Preussische Konfols Zeichnungen anzunehmen. Vorläufig werden „Scrifs“ ausgegeben, auf welche in 6 Terminen bis zum November d. J. die Einzahlungen zu leisten sind. Eine Vollzahlung ist vom April ab gestattet. Die erste Einzahlung hat bei der Reichsstelle zu erfolgen, während alle späteren Einzahlungen bei Reichsbankstellen stattfinden haben, deren Wahl für jede einzelne Einzahlung im Belieben des Zeichners steht. Nach dem „Berl. Tagbl.“ findet die Subskription am 20. Februar statt.

— Gegen den freisinnigen Dr. Witte kandidirt in Sonneberg Saalfeld das entsetzliche der Nationalliberalen Dr. Hans Blum. An einen Erfolg desselben ist nicht zu denken. Am 20. Februar erhielt der nationalliberale Kandidat nur 3848 Stimmen, während der sozialdemokratische Kandidat es auf 7215, der freisinnige auf 6512 Stimmen brachte. Wenn die nationalliberale Partei nicht im ersten Wahlgange für Dr. Witte eintritt, so verbeißt sie damit nur die Aussichten der Sozialdemokratie.

— Im Abgeordnetenhaus fand am Montag eine Konferenz von Mitgliedern der verschiedenen Parteien statt, in welcher die Frage der Ausbreitung des Handfertigkeitsunterrichts nach dem Lande sowohl prinzipiell als in der Art der Ausführung eingehend besprochen wurde. Letztere ist im Wesentlichen derart gedacht, daß die Knaben vom 12. Jahr ab im Winter einen den ländlichen Verhältnissen angepaßten manuellen Unterricht erzielten und im Sommer in der Schulgartenpflege mit Gärten, Gemüse- und Obstbau unterwiesen würden. Es kam in erster Linie darauf an, das bezügliche Programm für die Ausbildung der Lehrer in der Lehrerbildungsanstalt des deutschen Vereins für Knabenhandarbeit zu Leipzig festzustellen. An der Debatte nahmen Theil die Abgeordneten Dr. Gerlich, Schulz-Lupitz, Niesch, Conrad (Wetz), Szmulka, v. Brodnicki, Seelig, Dräwe, Seer, Zimmermann, v. Schendenborf und die von Leipzig zu diesem Zwecke nach Berlin gekommenen Oberlehrer Dr. Göhe und Gartendirektor Gündel. Zu ihrer Information wohnten der Besprechung noch bei der Geheimrath Siegelmann aus dem landwirtschaftlichen Ministerium und Geheimrath Königs vom Ministerium für Handel und Gewerbe. Für letzteren war diese Betheiligung von dem Gesichtspunkte maßgebend, inwiefern ein solcher ländlicher Arbeitsunterricht als eines der Mittel zur Bekämpfung des Nothstandes im Gullengebirge zu erachten sei. Nach einem Referat des Abg. v. Schendenborf entwickelte sich eine lebhaft dreistündige Debatte. Die Konferenz erkannte am Schluß derselben einstimmig den großen Nutzen eines derartigen Unterrichts an. Er komme durchaus den Bedürfnissen des ländlichen Lebens entgegen und schaffe bei allgemeiner Durchführung ein erhaltendes Element von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die bis jetzt hiergegen aufgetretenen Einwände seien hinfällig, da sie durchgehends von irrtümlichen Voraussetzungen ausgingen. Beide Ministerialräthe bekundeten in der Debatte das lebhafteste Interesse ihrer Behörden an diesen Zeitbestrebungen. In Betreff der Durchführung war bezüglich der manuellen Thätigkeit keine Meinungsverschiedenheit, hinsichtlich der Grenzen der Schulgartenpflege gingen die Ansichten indessen auseinander. Man einigte sich indeß dahin, daß das hier zu pflegende Gebiet sich darauf beschränken müsse, in den Kindern den Sinn und das Interesse für das Naturleben zu wecken, das Verständnis für dasselbe zu beleben und das Gemüth zur Arbeit auch nach dieser Richtung anzuleiten. Diese Bestrebungen sollen sich auf dem freiwilligen Wege, doch mit behördlicher und staatlicher Unterstützung einleiten, und es wurde allseitig das zunehmende Interesse an den Bestrebungen in den letzten Jahren konstatiert. Nach diesen Beschlüssen wird von dem Oberlehrer Dr. Göhe, dem Leiter der Lehrerbildungsanstalt in Leipzig, nunmehr das Programm entworfen werden, und für dies Jahr ist zunächst ein Frühjahrskursus vom 2. April bis 6. Mai, sowie ein Herbstkursus vom 3. September bis 7. Oktober für Landeschullehrer am Leipziger Seminar in Aussicht genommen.

— Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Vetcha hat in diesen Tagen wiederholt mit dem Minister von Bertelesch über die Wünsche konferrirt, die er auf die Bitte der Vertrauensmänner der fiskalischen Königin Luise-grube bei Zabrze dem Minister unterbreitet hatte. Ueber das Ergebnis der Konferenzen giebt ein in der „Schl. Volksztg.“ veröffentlichter Brief an die erwähnten Vertrauensmänner Aufschluß. Die Arbeiter verlangen außer achtstündiger Schicht eine bessere Regelung des Schichtlohnes, Revision der Arbeitsordnungen u. s. w. Der Minister hält die gewünschte Einberufung von Vertrauensmännern nach Berlin nicht für

